

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtnachricht: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gesamtnummer: 25 241.
Preis für Abnehmer: 20011.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.
Vierteljährlich in Dresden und Bezirken bei postmöglicher Zahlung sowie bei einmaliger Zahlung durch die Post (einschl. Porto) 5 40 RM. monatlich 1 60 RM.
Die einjährige 27 RM. dreimonatlich 10 RM. für Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, einjährige An- und Werbefläche 20 RM. Vorzugsgebühr auf Zeit. Ausdrückliche Nachträge gegen Vorauszahlung. - Belegblatt 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Hauptstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nummer 19 395 Leipzig.

Abdruck nur mit besonderer Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig - Unrechtmäßige Abdrucke werden nicht aufbewahrt.

Die letzten Vorbereitungen zur Unterzeichnung.

Der Tag der Unterzeichnung.

Paris, 25. Juni. (Agence Havas.) Dutafta traf heute in Versailles ein, wo er sich einige Augenblicke mit Herrn v. Herzner unterhielt. Dutafta schlug als Tag der Unterzeichnung Donnerstag vor.

Paris, 24. Juni. (Havas.) Im diplomatischen Lagebericht heißt es: Clemenceau wird sich am Mittwoch nach Versailles begeben, um dort die letzten Anordnungen zu treffen. Wilson wird noch am Abend der Unterzeichnung nach Paris abreisen, um am nächsten Tag nach den Vereinigten Staaten in See zu gehen. In Konferenzkreisen glaubt man, daß die Unterzeichnung nicht vor Freitag erfolgen kann. Der Gesandte v. Daniel, der wohl die Vollmacht zu Verhandlungen hat, hat nichts darüber verlauten lassen, ob er mit der Unterzeichnung des Vertrages beauftragt ist. Gesandter v. Daniel wurde am Montag erfußt, die einzelnen deutschen Bevollmächtigten und den Zeitpunkt ihrer Ankunft zu nennen. Ihre Vollmachten werden dann verifiziert und ihre Namen an den Kopf des Friedensvertrages gesetzt. Diese Formalitäten werden wohl einige Tage in Anspruch nehmen. Italien wird durch Sonnino, Imperiali und Crespi vertreten sein. Man versichert, daß, falls die Unterzeichnung nach Donnerstag erfolgt, der Minister des Auswärtigen Tittoni, der Chef der neuen italienischen Delegation bei der Friedenskonferenz, Zeit haben wird, mit seinen Kollegen bei der Unterzeichnung zu erscheinen.

Wer wird unterzeichnen?

Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtmeld.) Wie ein Berliner „Mitteilungsblatt“ hört, ist eine Antwort der Entente auf die Berufungsdiskussion der deutschen Regierung, den Frieden bedingungslos zu unterzeichnen, bisher nicht eingetroffen. Es heißt aber, daß die Entente mit einem deutschen Delegierten, der nicht dem Range der alliierten Staatsmänner gleichsteht, nicht einverstanden ist, und die Einsetzung eines im gleichen Range stehenden Staatsmannes verlangt. Das Kabinett ist sich bisher über die Person des abzusendenden Delegierten noch nicht im Klaren und hat bisher auch noch nicht beschlossen, ob es bloß einen Delegierten nach Versailles senden soll, oder abermals eine Delegation. In Regierungskreisen besteht die Ansicht, den Minister des Auswärtigen Herrmann Müller nach Versailles zu entsenden. Eraberger kommt für eine Einsetzung auf eigenen Wunsch nicht in Betracht.

Die voranschreitende Ratifikation.

Den alliierten Pariser Sonderdelegierten.
Versailles, 25. Juni. Aus den Pariser Blättern geht hervor, daß die Ratifikation des Friedensvertrages durch die Parlamente der beteiligten Länder nicht eher als im Spätherbst erfolgen dürfte. Die Friedenskommission, die bisher an verschiedenen Orten getagt hat, wird dagegen ihre Arbeiten bald einstellen.

Genf, 25. Juni. Eine Havasdepesche meldet: Der Rat der Alliierten hat für die mit Deutschland zu treffenden Auslieferungsbestimmungen des Friedensvertrages eine zweimonatliche Verhandlungsfrist festgesetzt. Die Verhandlungen sollen unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedens beginnen.

Die Zukunft der Rheinlande.

Die New Yorker „Tribune“ meldet aus Koblenz: Die Alliierten werden das Rheinland in der Art einer Monarchie alten Stils verwalten. Die Entente-Truppen sollen Befugnisse erhalten, die denen eines mittelalterlichen Königs gleichkommen, und dieser Zustand werde so lange andauern, bis Deutschland die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt habe.

Wien, 25. Juni. Die im Friedensvertrag vorgesehene Verwaltungsregelung des Rheinlandes hat in allen Bevölkerungskreisen große Erregung hervorgerufen. Im besetzten Gebiete wurden mit Aufbruch des Friedens wesentliche Erleichterungen erwartet. Den Vertragsentwurf legt man darin aus, daß diese Erleichterungen nicht eintrösten; im Gegenteil wird mit weiteren Unterdrückungen gerechnet.

Die verhafteten Kolonialtruppen.

Wiener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.
Karlsruhe, 25. Juni. Wie aus Bayern gemeldet wird, hat eine große Anzahl pfälzischer Stadtgemeinden Resolutionen beschlossen, die die Bitte nach Zurückziehung der Kolonialtruppen aus dem besetzten Gebiete und ihre Erziehung durch reguläre Heimattruppen der Entente nach Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland ausprechen.

Die Volksabstimmung im Osten.

Wiener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.
Rotterdam, 25. Juni. Der Korrespondent der „Daily News“ meldet aus Paris: Die Volksabstimmung in Oberschlesien und Westpreußen wird nicht vor August vor sich gehen können. Die Alliierten selbst rechnen mit größerer Wahrscheinlichkeit damit, daß die Abstimmung eine wenn auch nicht sehr große Mehrheit für die Deutschen ergeben werde.

Wien, 24. Juni. Bei einer von über 5000 dießigen Einwohnern besuchten Johannistfeier wurde eine Entschließung angenommen, die den Schmerz über den Schmachfrieden und die Freigabe des Ostens an die Willkür der Polen, aber auch die Hoffnung auf die Zukunft und den Willen ausdrückt, für die Erhaltung des Deutschen eingutreten.

Holland verweigert Auslieferung.

(Wiener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“).
Rotterdam, 24. Juni. Im Hinblick auf die Zustimmung der bedingungslosen Unterzeichnung des Friedensabkommens seitens Deutschlands erdrückt die niederländische Presse die Frage, ob die holländische Regierung den Kaiser ausliefern wird oder nicht. Wenn die Entente dies verlangen würde, sind alle Parteien darin einig, daß die holländische Regierung die Auslieferung verweigern und sich nur der Gewalt fügen werde.

Juristisch ist zu bemerken: Holland hat mit Deutschland den Niederlassungsvertrag vom 17. Dezember 1903 geschlossen. Nach § 1 sind die Angehörigen jedes vertragsschließenden Teiles berechtigt, sich in den Gebieten des Landes sänftig niederzulassen oder dauernd oder zeitweilig aufzuhalten, wenn und solange sie die dortigen Gesetze und Polizeiverordnungen befolgen. Artikel 2 ordnet allerdings an, daß durch die vorstehenden Bestimmungen nicht veräußert werden soll das Recht jedes vertragsschließenden Teiles, Angehörigen des anderen Teiles die Niederlassung oder den Aufenthalt zu untersagen aus Gründen der inneren oder äußeren Sicherheit des Staates. Von diesem Recht ist aber weder in den Niederlanden noch in anderen Kulturländern Gebrauch gemacht worden. Gegenüber politischen Flüchtlingen insbesondere hat auch die englische Fremdenakte von 1903 ausdrücklich bestimmt, daß Personen, die zur Vermeidung politischer oder religiöser Verfolgung ihr Heimatland verlassen und noch Großbritanniens gekommen sind, nicht des Landes verwiesen werden sollen. Gerade England hat das Aufrecht sein geachtet und es kann angenommen werden, daß Holland in seinem Bestreben, dieses völkerrechtlich anerkannte Institut aufrechtzuerhalten, in England mindestens die öffentliche Meinung für sich haben wird.

Berlin, 25. Juni. Zu der Drahtmeldung, daß Holland gegen die Auslieferung des Kaisers sei und daß die holländischen Sozialisten, wie die anderen dortigen Parteien auf dem Standpunkte stehen, daß das Kaiserrecht unter keinen Umständen verletzt werden dürfe, schreibt die „D. Fr. Bl.“: Nach der Beurteilung der bisherigen Haltung der Niederlande in der Frage der Auslieferung des Kaisers kann diese Drahtmeldung wohl als zureichend angesehen werden. Bei allen Deutschen herrscht tiefste Erbitterung nicht nur über die wirtschaftlichen und territorialen Verwundungen des Reiches, sondern mehr noch über die entehrenden und demütigenden Zumutungen, daß mit der Forderung der Auslieferung von Deutschen das Recht der Jurisdiktion, einer der wesentlichsten Bestandteile der Souveränität, vergeblich werden soll. Bei der Aufgabe der Verweigerung der Auslieferungsbedingungen hat Deutschland der Gewalt weichen müssen.

Der „Vorwärts“ ruft die Passifisten an die innere Front. Er schreibt: Der kümmerliche Gewinn, der mit der Vereinstwilligkeit, den schändlichen Frieden zu unterzeichnen, schwer erkauft wurde, würde zerfallen, wenn der Bürgerkrieg das Vernichtungswort da forschle, wo es der Völkerrückgang folgen gelassen hat. Der Bürgerkrieg aber droht. Der Traum der Räterepublik ist noch nicht ausgeträumt. Der Plan, sie gewaltlos einzuführen, ist noch nicht aufgegeben. Eine Gruppe auf der äußersten Linken glaubt die Zeit zum Vorkommen gekommen.

Der Kaiser für Unterzeichnung?

Stuttgart, 25. Juni. (Eig. Drahtmeld.) Auf dem Wege über Basel erhält die „Schwäbische Zeitung“ folgende Meldung aus Paris: Die Pariser Blätter berichten aus Koblenz, daß ein Brief des früheren deutschen Kaisers nach Berlin gelangt sei, worin er Deutschland den Rat gegeben habe, den Frieden zu unterzeichnen. Der Brief sei aus Amerongen von besonderer Beauftragten nach Berlin zu Händen des ehemaligen Leiters der Reichsregierung (Schulze) überbracht worden. Auch Bedürfen von Frankfurt, Mainz, Koblenz und Köln wurde dieser Brief des Exkaisers übergeben. Er habe besonders in den Kreisen Eindruck gemacht, die bisher gegen die Unterzeichnung waren.

Da diese Meldung auf dem Umwege über Paris aus und gelangt ist, ist ihre Glaubwürdigkeit dementsprechend zu bewerten.

München, 25. Juni. (Eig. Drahtmeld.) Prinz Georg von Bayern, der 14jährige älteste Sohn des früheren Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold, ein Enkel Kaiser Franz Josephs, ist in ein Jesuitenkolleg in Innsbruck gegangen. Er will dem Orden beitreten.

Auflösung von Staatsämtern.

Berlin, 25. Juni. (Eig. Drahtmeld.) Mit der Annahme des Friedensvertrages der Entente hat Deutschland bekanntlich auch seinen bisherigen Kolonialbesitz verloren. Infolgedessen ist auch das Bestehen des Reichskolonialamts überflüssig geworden. Wie eine Berliner Zeitung erfährt, haben die Beratungen der Reichsregierung in diesen Tagen bisher noch zu keinem endgültigen Beschluß geführt. Es ist aber wahrscheinlich, daß das Reichskolonialamt, nachdem die laufenden Geschäfte erledigt sein werden, aufgelöst wird.

Spa, 25. Juni. Die deutsche Waffenstillstandskommission wird nach Erledigung der laufenden Arbeiten nach Berlin zurückreisen und ihre Tätigkeit als Waffenstillstandskommission aufhören lassen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sie als Unterabteilung des Reichsfinanzministeriums die Frage der Wiedergutmachung in Zukunft bearbeiten.

Berlin, 25. Juni. Wie die „Voll. St.“ hört, beabsichtigt der Chef des Generalstabes, General Gröner, wegen der bedingungslosen Annahme des feindlichen Ultimats seinen Abschied zu nehmen. - Nach einer Wiener Meldung der „Kronzeitung“ gab der deutsche Vizekanzler in Wien, Graf Wedel, wegen der Unterzeichnung des Friedensvertrages seine Demission.

Das Ansland zur Vertragsannahme.

Der Eindruck, den die unter dem Zwange der Gewalt erfolgte Erklärung der deutschen Regierung zur Unterzeichnung auf das benachbarte

Deutsch-Oesterreich

gemacht hat, ist ein tiefgehender. Die öffentliche Meinung, selbst über das eigene Schicksal schwer beunruhigt, verachtet Deutschland der wärmsten Anteilnahme an diesem nationalen Unglück und sucht das bestreudete Volk durch wohlgemeinte, aber vorläufig nicht sonderlichen Erfolg versprechende Trostworte anzukommen.

Die „Neue Presse“ weist auf die schon jetzt in Deutschland sich zeigende Entspannung im Innern sowie auf die sehr starke Besserung der deutschen Valutakurse auf allen Märkten hin, die auf eine Erholungsmöglichkeit der deutschen Wirtschaft hindeuten. Das Blatt hebt hervor, daß die Lebenskraft und der Lebensmut des deutschen Volkes nicht zu erschöpfen seien. - Das „Neue Wiener Journal“ steht in dem Beschlusse der Nationalversammlung ein Zeichen der Einheit des deutschen Volkes und in der Verankerung der deutschen Flotte ein böses Vorzeichen, besonders für Frankreich, das bald erkennen werde, daß jeder maßlose angelegte Sieg ein Vortrieb sei. - Die „Reichspost“ sagt: Die moralische Ablehnung des Vernichtungsfriedens ist eine Selbstverständlichkeit, die Unterzeichnung aber eine ebenso unvermeidliche Notwendigkeit. - Das „Neue Wiener Tagblatt“ schreibt: Kein Mann, keine „milchige Frau, die in ihrem Volke wurzeln und das Heiligtum des deutschen Wesens im Blicke haben, wird den Tag des Friedensschlusses als Datum der hoffnungslosen nationalen Verarmung empfinden. - Die „Politikzeitung“ erklärt: Ohne Deutschland gibt es keinen Völkerbund. Mit ihm aber wird ein wirklicher Bund freier Menschen entstehen. - Die „Arbeiter-Zeitung“ sagt die Wiedergeburt des deutschen Volkes voran. - Nach der „Zeit“ macht das „Ja“ der Nationalversammlung den Weg für eine bessere Zukunft frei. - Das „Deutsche Volksblatt“ schreibt, dem Generallinienstabschef die Vorbeeren eines Sieges über Wehrlose erspart, nicht erspart bleiben den Franzosen und ihren Bundesgenossen das Urteil der Weltgeschichte, das diesen Frieden als einen Frieden der Schmach kennzeichnen werde, mit der sie sich selbst, nicht das deutsche Volk bestraft hätten; er werde auch die Ententevölker nicht unerschütterlich drücken, sie würden sich an den Völkerbund klammern, um dann zu erkennen, daß ihnen hier erst die allergrößte Enttäuschung bevorstehe.

Frankreich

treibt in den nationalistischen Blättern wieder die alte Revendikation. „Journal“ hofft, daß die Tatsache, daß Deutschland die Schuldigen nicht selbst bestraft, die Illusion derer, die auf baldige Verzichtung hoffen, hinwegräumen werde. Man dürfe jetzt nicht nachgeben, sondern müsse den Vertrag durchführen. - Im „Petit Journal“ schreibt Viviani: Die Aufgabe des französischen Volkes sei nicht zu Ende. In Frankreich müsse alles ungehalten werden. Ohne Einheit sei dies unmöglich.

Den Enthaltungen der nationalistischen Blätter stehen die Ausführungen der unabhängigen und sozialistischen Blätter gegenüber, in denen eine viel besonnenere und menschlichere Sprache geklärt wird. So meint „Deuvre“, daß alles davon abhängt, in welchem Geiste Frankreich die Beziehungen zu Deutschland wieder aufnehmen werde. „Deuvre“ schreibt: Wenn wir imstande sind, zu verstehen, daß der Sieg keine Freitafel und der Frieden nicht Rache ist, so besitzen wir genau großartigen und freien französischen Geist, um zu erkennen, daß das einzige Ende des Reichsfriedens darin besteht, die Herrschaft des Reichsbundes zu errichten und zu sichern. Dann können wir wahrhaft hoffen, daß eine neue Zeit beginnt. - „L'Humanité“ freut sich für die Menschheit, für Frankreich und das deutsche Volk, daß das Unheil an Ende ist. Aber an diesem feierlichen Tage würden wir gegen unsere Pflicht als Sozialisten und Republikaner verstoßen, wenn wir nicht laut bekennen, daß wir die Bedingungen dieses Friedens mit allen unseren Kräften zurückweisen, weil sie unannehmlich sind und den Interessen Frankreichs zuwiderlaufen. Es ist lächerlich anzusehen, wenn man dem, was man Reichskrieg nannte, ein Ende der Gewalt und der Ungerechtigkeit gibt. Die Völker hätten an die großen Verbrechen, mit welchen man sie vier Jahre lang aufrecht erhielt, namentlich an die Worte Wilsons geknüpft, der heute mehr noch als der preußische Imperialismus bestraft ist. Der Frieden ist für Frankreich gefährlich, denn er häuft in Deutschland schwere Lasten auf unser Land, er bringt unsere verwüsteten Gebiete um die Wiederentwässerungen, welche, wenn sie maßvoll und vernünftig gewesen wären, sofort hätten gefordert werden können. Er bringt uns die Last des weiter bestehenden Militarismus und die Notwendigkeit länger militärischer Wehrung und sozialer erdrückender Lasten für unsere bereits schwachen Finanzen. Dieser geschlossene Friede ist nicht der Friede des französischen Volkes und seiner Sozialisten. Unsere sozialistische Partei wird dies laut sagen und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Geschichte ablehnen.

England

als Realpolitiker kommt zu dem Ergebnis, daß mit der Unterzeichnung noch nicht der Frieden eintritt. Man sieht jenseits des Kanals sehr gut ein, daß die Erfüllung der Bedingungen in vollem Ausmaß durch Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit ist.

„Times“ schreibt, die Unterzeichnung des Friedensvertrages werde den Frieden nicht bringen. Dieser könne allen durch ein handfestes Zusammenarbeiten der Alliierten während der langen Periode entstehen, in welcher das neue Deutschland alle Rüstmittel erschöpfen werde, um zwischen ihnen Zwietracht zu säen. Deutschland habe die Möglichkeit, ein solches Spiel zu spielen.